

Sondersitzung des Landtages am 27.08. 2003

Rede von Peter Ritter zum Haushalt 2004/2005

Mit dem heutigen Tag machen wir uns auf den Weg, um aus vielen Mosaiksteinen mit den Namen Einzelplan, Haushaltsstelle, Kapitel, Euro und Cent ein neues Bild zusammenzusetzen.

Das Bild soll die Entwicklung des Landes in den Jahren 2004/2005 und darüber hinaus finanztechnisch darstellen.

Wir alle wissen, dass dieses Bild nicht in den leuchtenden Farben strahlen wird, die wir für unser Land wünschen. Und - zu diesem Bild gehört auch der Rahmen, der dieses Bild stützen und vielleicht auch schmücken soll.

Um den Rahmen, besser gesagt die Rahmenbedingungen, ist es nicht zu Besten gestellt. Ein Stützen findet kaum noch statt, vom Schmücken ganz zu schweigen. Bund, Länder und Kommunen sind hoffnungslos überschuldet. Nicht erst seit rot-rot hier oder rot-grün in Berlin regieren. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es kaum einen Finanzminister, der keine Schulden hinterließ.

Die DDR hatte - bundesdeutschen Verlautbarungen vom 14. November 1989 zu Folge - 130 Milliarden DDR-Mark Schulden. Misswirtschaft nannte man das. Eine wesentliche Ursache dafür, dass der Staat in sich zusammenbrach.

Die Bundesrepublik hat heute offiziellen Verlautbarungen zu Folge 1.253 Milliarden Euro oder 1,253 Billionen Euro Schulden. Diese Summe wächst stündlich. Von Misswirtschaft wird freilich nur die jeweilige Opposition sprechen.

Angesichts dieser Situation ist es kein Wunder, dass der Ruf nach Reformen immer lauter wird. Und es ist auch kein Wunder dass uns die Bundesregierung fast im Studentakt mit neuen Reformen beglückt. Dabei ist es allerdings dann auch kein Wunder, dass manche dieser Reformen eine Halbwertszeit von kaum 48 Stunden haben.

Nehmen wir hier zum Beispiel mal die Pendlerpauschale. Kaum hat Eichel ihre Reform verkündet, ist von der Reform fast nichts übrig geblieben. Interessant dabei ist aber auch, dass an Änderungen bei der millionenschweren Pendlerpauschale der Staatsdiener, die noch immer zwischen Bonn und Berlin pendeln, nicht gedacht war.

Der Pendler oder die Pendlerin, der oder die sich von Demmin aus auf den Weg zur Arbeit machen müssen, weil es zu Hause keine Arbeit gibt, sollen geschröpft werden.

Das ist nicht nur unsinnig, das ist zutiefst unsozial.

Nehmen wir zum Beispiel die so genannten Arbeitsmarktreformen.

Trotz Mini-Jobs, Ich-AG und flotter Sprüche des Superministers für Wirtschaft und Arbeit steigen die Arbeitslosenzahlen. Hartz I und II sind, zumindest hier im Osten, gründlich in die Hose gegangen. Und schon werden Hartz III und IV als die neuen Heilbringer gepriesen. Kommt es so wie vorgesehen, wird sich z.B. ein Saisonarbeiter keine Anwartschaften auf das Arbeitslosengeld mehr erarbeiten können. Was das für die vielen Saisonarbeiter in der Tourismusbranche oder der Landwirtschaft bei uns im Land bedeutet, brauche ich hier wohl nicht auszumalen!

Das ist nicht nur unsinnig, das ist zutiefst unsozial.

Nehmen wir als weiteres Beispiel die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Da hieß es noch vor einiger Zeit, nämlich im Bundestagswahlprogramm der SPD: „Die Verzahnung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ermöglicht konzentrierte Bemühungen im Interesse der Langzeitarbeitslosen... Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkungen der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau.“

Richtig sage ich da. Nur ist die Realität eine andere.

Die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe soll auf dem Armutsniveau von 345 € im Westen und 331 € im Osten erfolgen.

Das ist nicht nur unsinnig, das ist zutiefst unsozial.

Das ist doch keine Beschäftigungspolitik, die doch eigentlich Beschäftigung schaffen soll.

Konjunkturbelebung bleibt so Wunschdenken.

Reformen, die die Langzeitarbeitslosen hier bei uns im Land gefügig machen sollen, jede

Arbeit anzunehmen, egal wo und zu welchen Konditionen, ist höchst ungerecht und verletzt die Würde des Menschen.

Und wer uns, die PDS und ihre Landtagsfraktion, zu einem anderen Handeln bewegen oder „auf Kurs“ bringen will, der muss das mit Argumenten tun und nicht mit Drohungen.

Nur überzeugende Argumente habe ich bisher nicht gehört.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel: die um ein Jahr vorgezogene Steuerreform.

Zwar werden hier auch kleine und mittlere Einkommen entlastet, die großen Steuergeschenke bleiben aber wieder bei den Großverdienern und Vermögenden hängen.

Ein Beispiel?

Frau X hat ein Jahreseinkommen von 15.000 Euro und damit eine Steuerersparnis von 267 Euro im Jahr. 22,25 Euro pro Monat mehr im Portemonnaie.

Angesichts anderer Reformen, wie der Gesundheits- oder der Rentenreform, ist kaum anzunehmen, dass Frau X diese üppige Summe verprassen und den Konsum ankurbeln wird.

Anders Herr Y mit seinem Jahreseinkommen von 1 Million Euro.

Er kommt auf eine Steuerersparnis von 67.000 Euro.

Ist das gerecht?

Ist gerecht, dass bei Arbeitslosen, Rentnern, Berufspendlern, sozial Schwachen weiter gekürzt wird, die Zahl der Einkommensmillionäre in den letzten Jahren trotz Wirtschaftsflaute gestiegen ist und diese trotzdem nicht zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden?

Ist es gerecht, dass eine super-große Koalition von SPD, CDU/CSU, FDP und Bündnis/Grünen die Einführung einer Vermögenssteuer von ihrer AGENDA gestrichen haben?

Nein, ich sage, das ist aufs Höchste ungerecht. Denn den Appell, den Gürtel enger zu schnallen, immer nur an jene zu richten, bei denen es ohnehin kaum noch etwas zu holen gibt, wird die Probleme dieser Gesellschaft nicht lösen.

Erkennungsmerkmal dieser Gesellschaft war lange Zeit die soziale Marktwirtschaft. Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm verweist in einem seiner jüngsten Interviews darauf.

Er sagt: „Wir haben ja keine reine Marktwirtschaft, sondern eine soziale Marktwirtschaft. Allerdings wird das Soziale in jüngster Zeit zusehends zum Stiefkind.“

Und Blüm sagt weiter:

„...solange der Ost-West-Gegensatz noch am Leben war, da hatte es die Sozialpolitik ein bisschen leichter, weil der Sozialstaat auch eine Legitimationsgrundlage unseres Systems war, mit dem wir unsere Überlegenheit bewiesen haben.“

Offensichtlich ist von dieser Überlegenheit nicht mehr viel übrig geblieben.

Meine Damen und Herren,

angesichts dieser Situationsbeschreibung stellt sich die Frage nach den Alternativen.

Von der super-großen Koalition zur Nichteinführung der Vermögensteuer war schon die Rede.

Eine große Koalition gibt es seit einiger Zeit bei der Gesundheitsreform. SPD und CDU wollen nicht nur gemeinsam ein Eintrittsgeld in die Arztpraxen, sie wollen den Leuten an die Zähne. Nicht mehr nur sprichwörtlich, sondern praktisch.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund nennt die Einigung zur Gesundheitsreform ein „Programm zur Senkung der Nettolöhne“.

Stellt sich mir hier, gestatten Sie mir den Einschub, die Frage, warum der von den Gewerkschaften aufgeschobene „heiße Sommer“ laut DGB-Chef Sommer nun offensichtlich auch im Herbst nicht stattfinden soll.

Meine Damen und Herren,

wer offenen Auges durch die politische Landschaft geht, dem wird klar, dass CDU/CSU und FDP schon lange bereit stehen, noch stärker an der Schraube des Sozialabbaus zu drehen, als SPD und Grüne es zur Zeit bereit sind zu tun.

Die Äußerungen des Vorsitzenden der Jungen Union, Missfelder, sind durch Frau Merkel und Co zwar schnell als jugendlicher Übermut abzutun, dass CDU-Sozialpolitik aber schon lange nach dem Motto „Lieber reich und gesund, als arm und krank“ daher kommt, ist doch längst kein Geheimnis mehr.

Und so starrt die Bundespolitik gespannt auf die Bayernwahl am 21. September.

Doch was wird sich ändern. Nichts.

Die CSU bleibt stärkste Partei.

Die SPD wird weiter verlieren.

Von der PDS sind in Bayern noch keine großen Sprünge zu erwarten.

Was aber passieren kann, ist die Tatsache, dass CDU/CSU dann ungeniert das Reformpaket der Bundesregierung verschlimmern. Der Einzelne soll noch mehr für Sozialversicherung, Krankenversicherung etc. verantwortlich sein, das heißt, Risiken künftig mehr aus eigener Tasche finanzieren. Das „Tarifkartell in Deutschland soll aufgebrochen werden, Niedriglohnbeschäftigung soll ausgedehnt, Wochenarbeitszeit bei gleich bleibendem Lohn verlängert werden.

Das alles nennen sie „Reformen, die den Menschen wieder mehr Geld in die Hand geben und den Binnenkonsum ankurbeln“ sollen, wie in einem Brief des CDU-Bundestagsabgeordneten Adam an Heinz Figas vom Erwerbslosenbeirat Mecklenburg-Vorpommerns zu lesen ist.

Ob dass alles die finanzpolitische Schiefelage des Bundes und des Landes behebt, ist mehr als fraglich.

Nun hält man uns immer vor, wir würden nur Nein sagen.

Würden die, die das behaupten, jedoch nicht immer mit Scheuklappen durchs Land reiten, hätten sie erkennen müssen, dass es seitens meiner Partei genügend Vorschläge gibt, die Einnahmesituation von Bund, Ländern und Kommunen zu verbessern oder den Arbeitsmarkt für mehr Arbeit zu reformieren.

Ich will nicht behaupten, dass unsere Vorschläge die allein glücklich machenden wären. Wer aber in einer Zeit, wo das Acht-Punkte-Programm für Innovation im Osten, an dem nicht ganz unbedeutend der Arbeitsminister dieses Landes mitgewirkt hat, in den Medien überregional Beachtung findet, nicht registriert, der kann entweder nicht lesen oder ist an einer ernsthaften Zusammenarbeit nicht interessiert. Kern dieses, wie anderer Programme ist: Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Zur Finanzierung schlagen wir u. a. vor, auch hier wiederhole ich mich, die Vermögenssteuer wieder einzuführen und die Erbschaftssteuer zu reformieren. Nach Angaben renommierter Finanzwissenschaftler bringt allein das insgesamt 20 Milliarden Euro.

Unser Konzept der Vermögensbesteuerung ist dabei kein Angriff auf die Mittelschicht. So sollen selbst genutztes Wohneigentum oder Betriebsvermögen bis zu 500.000 Euro steuerfrei bleiben.

Ebenfalls Bestandteil unseres Steuerkonzeptes ist die Einführung einer Börsenumsatzsteuer, genauso wie das Schließen weiterer Steuerschlupflöcher.

Wir schlagen vor, die weitere Senkung des Spitzensteuersatzes nicht durchzuführen. Die Absenkung von 48,5 auf 42 % kostet der Staatskasse allein 6 Milliarden Euro. Die CDU will bekanntlich den Spitzensteuersatz unter 40 % senken.

Dabei ist schon jetzt unklar, wie die Ausfälle der vorgezogenen Steuerreform im Land kompensiert werden können.

Wir schlagen ermäßigte Mehrwertsteuersätze für arbeitsintensive Dienstleistungen im Handwerk genauso vor, wie erhöhte Mehrwertsteuersätze für Luxusgüter.

Die so genannte Öko-Steuer soll durch eine Primärenergiesteuer ersetzt werden, die für den Ausbau eines ökologischen, öffentlichen Personennahverkehrs eingesetzt werden soll.

Es muss Schluss damit sein, Steuerflüchtlinge mit großem Zartgefühl zu behandeln. Die von der Bundesregierung geplante Steueramnestie bringt bei mindestens 150 Mrd. im Ausland geparkten Euro Steuereinnahmen von 5 Mrd.

Und natürlich werde ich auf folgenden Verweis nicht verzichten: In diesem Jahr will die Bundesregierung sage und schreibe 1,4 Mrd. Euro für Auslandseinsätze der Bundeswehr ausgeben. Neuanschaffungen von Technik und Material nicht mitgerechnet. 1,4 Mrd. Euro, das sind immerhin etwa 19 % unseres Landeshaushaltes. Auch darüber sollte man nachdenken.

Auch über die 2,3 Millionen Euro in Sachen Werbefeldzug AGENDA 2010. Diese Summe soll uns weiß machen, dass sich Deutschland bewegt. Nur wohin sich Deutschland bewegt, sagt die Kampagne nicht.

Wohin sich unser Land mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf bewegt, ist auch noch nicht klar.

Das Bild ist zu verschwommen, der Rahmen verspricht keinen Halt.

Wenn wir heute mehrheitlich der Überweisung des Haushaltes zustimmen, heißt das noch nicht, dass wir jeden Pinselstrich mitmachen. Ich verhehle nicht, dass es in meiner Partei und meiner Fraktion nicht wenige kritische Stimmen gibt, die ernsthaft die Frage stellen, ob angesichts der von mir beschriebenen Situation „Verschlimmbesserung“ noch die richtige Politik ist.